

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Mutwillige Beschädigungen an Fahrzeugen in Stuttgart

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Straftaten von mutwilligen Beschädigungen an Fahrzeugen in Wohngebieten oder Stadtbezirken in Stuttgart liegen der Landespolizei aus den vergangenen zwölf Monaten vor (aufgeschlüsselt nach Monaten, Stadtbezirken sowie Wohngebieten)?
2. In wie vielen Fällen der in 1. genannten Straftaten wurde von Bürgern Anzeige erstattet (aufgeschlüsselt nach Monaten sowie Stadtbezirken bzw. Wohngebieten)?
3. Bei welchen der in 1. genannten Straftaten konnten Tatverdächtige bzw. Täter ermittelt sowie verurteilt werden (unter Angabe der Anzahl der Tatverdächtigen/Täter, aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken bzw. Wohngebieten)?
4. Welches Strafmaß wurde den Tätern jeweils auferlegt?
5. Wie viele Fahrzeuge sind je Stadtbezirk und Wohngebiet von diesem Straftatbestand betroffen?
6. Inwiefern lassen sich räumliche Schwerpunkte bzw. Gebiete in Stuttgart feststellen, in denen solche Straftaten im angegebenen Zeitraum besonders häufig vorkamen (unter Nennung des Stadtbezirks sowie des Gebiets)?
7. Plant die Landespolizei in Stuttgart angesichts der o.g. Statistiken, die Kontrollen solcher Straftaten in den besonders von einer Häufung an Straftaten betroffenen Gebieten zu verschärfen?
8. Welche weiteren Maßnahmen plant sie künftig, um gegen solche Straftaten vorzugehen und die Sicherheit in den betroffenen Gebieten wiederherzustellen?

14.01.2025

Haag FDP/DVP

Begründung

In Teilen Stuttgarts kam es laut Anwohnerberichten mehrfach und häufig zu mutwilligen Beschädigungen an privaten Pkw. Die geparkten Fahrzeuge wurden dabei im Wohngebiet offenbar mutwillig beschädigt, beispielsweise durch das Einschlagen von Scheiben oder Zerkratzen. So berichten Anwohner aus dem Stadtteil Hoffeld sowie dem Wohngebiet Schranne in Stuttgart-Vaihingen inzwischen von mehr als 30 beschädigten Fahrzeugen. Die Kleine Anfrage will herausfinden, inwiefern und in welchem Ausmaß solche Fälle der Landespolizei Stuttgart bekannt sind und den Stand der Ermittlungen bzw. geplante Maßnahmen erfragen.